



## Protokoll über den Bürgerdialog in Roisdorf

am 11.01.2024

### Verwaltungsvertreter:

Bürgermeister, Herr Christoph Becker  
Ortsvorsteher, Herr Karl-Heinz Nauroth  
Tiefbau- und Straßenverkehrsamt, Herr AL Guido Broich  
Schriftführerin, Frau Karin Schumacher-Lambertz

Veranstaltungsteilnehmer: ca. 25 Personen

Veranstaltungsdauer: 18:00 bis 20:00 Uhr

- 
- Tagesordnungspunkt 1** Begrüßung durch Bürgermeister Becker inkl. kurzer Bericht zu aktuellen Entwicklungen im gesamten Stadtgebiet Bornheim und im Stadtteil Roisdorf
- Tagesordnungspunkt 2** Fragen / Austausch zu Themen der Bürgerinnen und Bürger

### Thema 1 „Straßenverkehr“

#### Teilnahme Amt 9, Hr. Broich

Was unternehmen Sie gegen die Rücksichtslosen Fahrradfahrer, die meinen der Fußweg von der Heilgerstraße Richtung Rathaus Bornheim gehöre alleine ihnen? Wir wurden unzählige Male von diesen Rasern angemacht, weil wir nicht sofort zur Seite gesprungen sind, wenn diese mit ihren Fahrrädern angerast gekommen sind. Dies ist ein unhaltbarer Zustand. Auf Rücksichtnahme braucht man hier nicht zu hoffen.

Antwort: Der erwähnte Bereich ist Teil eines gemeinsamen Geh-Radweges. Dieser Weg wurde mit Verkehrszeichen (VZ) 240 (Gemeinsamer Geh- und Radweg) StVO beschildert. Die VwV-StVO zur StVO besagt, dass der Radfahrer auf die Belange der Fußgänger Rücksicht nehmen muss und sich dementsprechend gegenüber dem schwächeren Verkehrsteilnehmer verhalten muss. Grundsätzlich lässt sich hier auf die gegenseitige Rücksichtnahme der Verkehrsteilnehmer gemäß StVO nur verweisen. Nicht praktizierte Rücksichtnahme kann auch von der Verkehrsbehörde, auf einem gemeinsamen Rad- und Gehweg nicht herbeigeführt werden. Sollten sich konkrete Gefahrensituationen ergeben, wäre eine Kontrolle durch die Polizei im Rahmen ihrer Möglichkeiten eine Handlungsoption.

### Thema 2 „Sonstiges“

Keine Teilnahme Verwaltung

Wieso ist es nicht möglich auf dem Parkplatz hinter der Volksbank einen Markt zu organisieren, der einmal im Monat mit den örtlichen Höfen ausgerichtet wird?

Antwort:

Es wäre grundsätzlich denkbar, ein Wochenmarktangebot auf dem Dorfplatz an der Heilgerstraße ins Leben zu rufen. Ob ortsansässige Höfe ein Interesse an der Beschickung eines solchen Marktes hätten, ist allerdings fraglich.

Die Stadt Bornheim als Marktveranstalterin hat in den vergangenen Jahren die Rückmeldung von Landwirten aus dem Stadtgebiet Bornheim erhalten, dass diese an der Teilnahme an Wochenmärkten kein Interesse hätten. Die Gründe dafür liegen einerseits in den Investitionen für Marktgeschäfte (Fahrzeuge, Anhänger etc.) und andererseits im dafür fehlenden Personal. Insgesamt ist festzustellen, dass der Bestand an Marktbesckern, also Unternehmen im Reisegewerbe, stark rückläufig ist und es immer schwieriger wird, für regelmäßige Marktveranstaltungen Teilnehmer zu finden.

Dies ist schwierig für Wochenmärkte und wird noch schwieriger für regelmäßige Märkte in größeren zeitlichen Abständen. Lediglich Einzelveranstaltungen wie Streetfoodmärkte finden noch Zulauf.

(Sollte ein solches Vorhaben von der Verwaltung verfolgt werden sollen, ist dies jedoch erst wieder möglich, wenn die für diese Angelegenheiten zuständige Stelle hier im Haus wiederbesetzt sein wird. Das wird voraussichtlich ab September der Fall sein. Eine Initiative könnte dann mglw. für das Jahr 2025 in Angriff genommen werden.)

Für die Nahversorgung in den Ortsteilen hat die Stadt Bornheim ein Einzelhandels- und Zentrenkonzept erstellt. Nach diesem Konzept ist die Nahversorgung im Ortsteil Roisdorf gesichert.

Wie können Sie garantieren, dass es keine weitere Erhöhung der Grundsteuer geben wird?

Antwort:

Die Kommunen sind gesetzlich verpflichtet, ihre Haushalte auszugleichen. Der Haushalt der Stadt Bornheim sieht für 2024 keine Erhöhung der Grundsteuer vor. Wird unterjährig festgestellt, dass gegenüber der Haushaltsplanung die Finanzmittel zur Erfüllung der Aufgaben nicht ausreichen, muss auch zukünftig über eine angemessene Bürgerbeteiligung nachgedacht werden. Eine Hebesatzanpassung orientiert sich also an den haushalterischen Notwendigkeiten. Ein Beschluss über eine Hebesatzanpassung muss

	der RAT bis zum 30.06.24 treffen, wenn dieser rückwirkend ab 01.01.2024 gelten soll.
Wann und wie planen Sie das ihnen zustehende Geld vom Bund für Geflüchtete zu holen?	Antwort: Der Rat der Stadt Bornheim hat zuletzt in seiner Sitzung am 14.12.23 eine Resolution verabschiedet, die an Bund und Land appelliert, den derzeitigen Überlastungen mit echten Finanzhilfen an die Kommunen entgegenzutreten. Der Rhein-Sieg-Kreis und die kommunalen Spitzenverbände haben ebenfalls ihre Forderungen an Bund und Land adressiert. Neben der Unterbringung und Versorgung von Geflüchteten wirken die stark inflationäre Preis- sowie Tarifentwicklung, deutlich steigende Zinslasten, steigende Umlagen und die Zukunftsaufgaben der kommunalen Wärmeplanung und der Umsetzung von Klimaanpassungsmaßnahmen auf die kommunalen Haushalte.
Aus dem GA habe ich entnommen, das in das ehemalige Ladenlokal der Fa. Lamprichs, Mitte Januar ca. 30-50 Flüchtlinge eine neue Unterkunft finden. Gibt es hierzu detaillierte Zahlen und Informationen zur Struktur der Bewohner (Familien, Einzelpersonen etc.)  Wie sieht hier die mittel- bis langfristige Planung aus? Gibt es ein Betreuungskonzept?  Und vor dem Hintergrund der teils zweifelhaften Personen die sich abends im Bushäuschen an der Friedrichstraße treffen, würde ich gerne wissen wie die Stadt Bornheim mit dem vorhandenen Unwohlsein der Anwohner umgeht.  Sind beispielsweise häufigere Polizeistreifen in diesem Areal vorgesehen um bei Anwohner, Passanten und Flüchtlinge für mehr Sicherheit zu sorgen?	Antwort <ul style="list-style-type: none"> <li>- Vorab: Die Inbetriebnahme des ehemaligen Ladenlokals Lamprichs, Brunnenallee 31, erfolgt nun erst Ende Januar 2024.</li> <li>- Die Belegung der Einrichtung befindet sich noch in der Abstimmung bzw. ist abhängig von den Zuweisungen durch die Bezirksregierung. Es werden entweder ausschließlich Familien, oder ausschließlich alleinstehende Personen (Männer) in der Einrichtung einziehen.</li> <li>- Die soziale Betreuung der Einrichtung wird sichergestellt durch den Sozialen Dienst der Stadt Bornheim. Ein Sicherheitsdienst ist beauftragt und wird an 7 Tagen in der Woche 24 Stunden vor Ort sein. Der Sicherheitsdienst hält engen Kontakt zum Sozialen Dienst. Seit Januar 2024 gibt es einen Kooperationsvertrag zwischen der Stadt Bornheim und dem Caritasverband Rhein-Sieg e.V., der die Stadt Bornheim seitdem bei der Betreuung geflüchteter Menschen im Stadtgebiet unterstützt (1,5 Stellen).</li> </ul>
Rückfrage im Dialog:  Wie differenziert können die Kosten für die Unterbringung eines Flüchtlings beziffert werden?	Antwort im Dialog:  Antwort: Eine konkrete Zahl kann nicht benannt werden, da dies von verschiedene Faktoren abhängt z.B. unterschiedliche Mietkosten, interne Leistungsverrechnung und Zinsen.

Es gibt einige leerstehende Immobilien oder Immobilien, die nur von einer (oftmals älteren) Person genutzt werden. Könnte die Stadt mit den Eigentümern eine Art Versorgungsvertrag / Miteinanderwohnen-Vertrag abschließen?

Wenn Stellen nicht besetzt werden, müsste doch dieses Geld mehr über sein und zu einer schnelleren Abtragung führen.

Da die Bornheimer Gewerbegebiete z.B. Roisdorf wachsen, müsste doch auch Geld durch die Ansiedlung von Gewerbe eingenommen werden. In welcher Höhe?

Warum so ein teures neues Schwimmbad, wenn gar kein Geld dafür da ist? Eine kostengünstigere Lösung wie es Troisdorf gemacht hat, hätte auch gereicht.

Warum ist der SBB Betreiber des Hallenfreizeitbades und warum wird kein privater Betreiber gesucht?

Antwort: Zurzeit gibt es keine gesetzliche Grundlage für eine solche Nutzung. Freiwillig kann jeder Eigentümer diesbezüglich mit der Verwaltung in Kontakt treten. Es besteht schon jetzt ein hoher Bedarf an bezahlbarem Wohnbau. Verwaltung und Politik ist die Situation bekannt. Es sind bereits Planungen für die Entwicklung von Quartierskonzepten in Arbeit.

Antwort: Seitens der Verwaltung wird ein Stellenplan aufgestellt, der vom Rat beschlossen wird. Anhand diese Stellenplanes werden die Stellen besetzt. Zuletzt gab es eine Besetzungsquote von 85 %. Dieses Geld wurde auch eingespart, d.h. es gibt Minderaufwendung bei den Personalausgaben, die natürlich zum schnelleren Abbau der Schulden beitragen. Nur allein die Tarifierhöhung in 2023 hat Kosten von 1,2 Mio. verursacht.

Antwort: Es gibt eine positive Entwicklung bei der Gewerbesteuer. Der Gewerbesteuerertrag liegt bei ca. 32 Mio. €. Die Ausweisung und Planung von Gewerbegebiete soll weiter vorangetrieben werden. Problem ist die Konkurrenz um Flächen. Der Bedarf an Flächen für Wohnraum, Gewerbe, Landwirtschaft, Kita usw. ist enorm, daher ist eine gute Verplanung der Flächen notwendig und dies ist die Aufgabe von Politik und Verwaltung.

Antwort: Solche Modelle sind der Verwaltung nicht bekannt. Ein privater Betreiber muss immer Gewinn erwirtschaften, dementsprechend ist der Eintrittspreis gestaltet. In Bornheim sind die Eintrittspreise so gering, dass sich nahezu alle dies leisten können. Zuschuss von ca. 1 Mio. € pro Jahr für das Schwimmbad. Im Sommer gab es günstige Tickets-Angebote für das Freibad. Der soziale Aspekt sollte im Auge behalten werden, dass sich auch Familien mit mehreren Kindern einen Schwimmbadbesuch leisten können. Bei der Planung ist auch ein erfahrener Bäderberater mit eingebunden worden.

Hat die Stadt Bornheim einen finanziellen Nutzen durch das Betreiben eines Windparks?

Antwort: Die Stadt Bornheim hat einen Nutzen davon, der leider gering ist. Die Investoren haben sich frühzeitig die Rechte an den Grundstücken gesichert. Die Stadt hat kaum eigene Flächen in den Konzentrationszonen, meist nur Wegeflächen. Die Stadt bekommt mindestens 0,2 Cent /kwh. Diese Bundesförderung leiten die Investoren an die Stadt durch. Das könnten ca. 15.000- 18.000 € pro Windrad / Jahr für die Stadt sein. Mit den Investoren wird weiterverhandelt, ob es Möglichkeiten für die Bürger zur Beteiligung gibt.

Werden in Gewerbegebieten die Dachflächen für Solarzellen genutzt?

Antwort: Es ist festgelegt worden, dass zukünftig bei Bauvorhaben im Gewerbegebiet eine PV-Anlagen oder eine Dachbegrünung vorgesehen werden muss. Bei den städtischen Liegenschaften konnte in den letzten 3 Jahren die Anzahl der PV-Anlagen verdoppelt werden.

Es ist für Bornheim und Roisdorf nicht mehr klar erkennbar wo sich in den nächsten Jahren ein Zentrum herauskristallisieren wird. Was sind die Perspektiven in der Stadtentwicklung?

Antwort: Zusammenarbeit der Stadt Bornheim mit Uni Bonn und Uni Pennsylvania, es gab schon verschiedene Ausstellungen im Rathaus dazu. Die Studenten der Landschaftsarchitektur haben Konzepte für die Ortschaften erarbeitet, die dann der Verwaltung vorgestellt werden. Die Ideen sind auf der städtischen Internetseite zu finden:  
<https://www.bornheim.de/aktuelles/studierende-aus-den-usa-gestalten-in-bornheim-bewegungsraeume>

Ein Thema in Bornheim ist 14 Ortschaften, eine Stadt. Es gibt viele Zentren in Bornheim, jede Ortschaft hat seine lebenswerten Eigenheiten und Besonderheiten, die auch gerne behalten werden möchten. Wichtig ist die Entwicklung eines Zusammengehörigkeitsgefühls.

Kommunen ergeben sich zu schnell ihrem finanziellen Schicksal, freiwillige Aufgaben reduzieren. Die Politik könnte der Verwaltung weniger neue Aufgaben aufbürden um die Schuldenlast zu reduzieren. Die Stadt kann sich dann erstmal erholen, bevor neue Aufgaben beschlossen werden.

Grundsatz der Verhältnismäßigkeit bei der Zuweisung von Flüchtlingen ist nicht gegeben. Die Stadt müsste ihre Belastungsgrenze anzeigen. Evtl. gibt es Kommunen in NRW, die noch keine Flüchtlinge aufgenommen haben.

Standortauswahl, warum Container aufstellen, wenn im Stadtgebiet freie Immobilien sind. Eigentümer zur Abgabe zu verpflichten (eh. Centralmarkt, Heimatblick)

Was ist mit Parkmöglichkeiten für LKW's im Gewerbegebiet, diese fehlen. Parkende LKW's behindern den Verkehr.

Bauzäune sind keine Endlösung

Antwort: Das Zusammenspiel zwischen Rat und Verwaltung ist gut. Die freiwilligen Ausgaben machen ca. 2 % des Haushaltes von ca. 130 Mio. € aus. Es wichtig zu überlegen wofür noch Geld da ist und welche Weiterentwicklung sich Bornheim noch leisten kann.

Antwort: Übersicht über Zuweisung im Rhein-Sieg-Kreis, alle Kommunen haben Flüchtlinge bekommen. Es ist keine Kommune bekannt, die keine Zuweisung bekommen hat. Es wurde ein Brief an den Regierungspräsident Arnberg gesendet, mit der Bitte die Zuweisungen einzustellen.

Antwort: Das Liegenschaftsamt prüft, welche Möglichkeiten es im Stadtgebiet gibt. Konkret beim Heimatblick hat es einen langen Leerstand gegeben, diese Immobilie kann nur noch weitestgehend zurückgebaut werden, eine Sanierung ist zu aufwendig. Wichtig ist auch die Infrastruktur mit Nahversorgung und Verkehrsanbindung. Ehemaliger Centralmarkt wurde auch geprüft.

Antwort: Die Firmen, die sich in Bornheim ansiedeln haben Vorgaben, was die Stellplätze angeht. Flächen für weitere Stellflächen sind kaum zu bekommen, da die Gewerbeflächen meist zu teuer für die Nutzung als Stellflächen sind. Eigentümer wollen nicht verkaufen. Es hat diesbezüglich Gespräche mit Landgard gegeben, um eine Lösung zu finden. Die Verwaltung steht auch in Verhandlung betr. der Nutzung des alten Autobahnrastplatzes Eichenkamp als Stellfläche. Lieferdienste expandieren immer weiter, letztendlich sind die Menschen durch ihre Bestellungen im Internet mit Verursacher dieses ganzen Verkehrs. Die Stadt kann das nicht alleine lösen, es müssen die Firmen mithelfen, die diesen Verkehr auch induzieren. Problem sind die auswärtigen LKW

Radpendlerroute: Pöller am Altenheim St. Josef ist nicht richtig befestigt. Der Poller am Roisdorfer Brunnen ist in den Bach geworfen worden

Brunnenstr. In Richtung Altenheim ist kaum Beleuchtung.

Parken Koblenzer Straße, wenn man von Herseler Str. einfährt. Es parken häufig Autos mitten auf der Straße. Könnte dort ein Halteverbot aufgestellt werden.

Brunnenstraße wird zu schnell gefahren, Polizei hat gemessen, es ist aber danach nichts passiert. Was wird in diesen Bereich städteplanerisch gemacht?

Hinweis auf eine eingereichte Mängelliste, die noch nicht komplett abgearbeitet wurde.

Fuhrweg Parksituation und zu schnelles Fahren. Zone 30 Schilder fehlen. Kontrollen wären sinnvoll.

Gemüseweg ist eine Rennstrecke.

Gespräche mit dem MdL Oliver Krauß, der im Verkehrsausschuss des Landtags NRW sitzt. Könnte in der Nähe einen Autohof geschaffen werden?

Wird geprüft

Wird geprüft.

Antwort: Die Brunnenstraße ist eine Kreisstraße, die Überwachung des fließenden Verkehrs erfolgt durch die Polizei anhand der „V85“. In der StVO sind derzeit die Leichtigkeit und der Verkehrsfluss noch sehr hoch bewertet, eine Veränderung der Gesetzgebung wäre wünschenswert. Es soll die Verkehrswende kommen, in Bornheim gibt es leider viele Stellen, wo der Bürgersteig fehlt. Die Verwaltung wird diesbezüglich nochmals Kontakt zur Polizei aufnehmen und nach dem Ergebnis der Messung fragen und dies mitteilen. Die Polizei entscheidet selber wann und wie lange sie den Verkehr überwacht. Bornheim hatte in 2023 eine gute Unfallstatistik.

Antwort: Liste ist der Verwaltung bekannt.

Antwort: Zone 30 wird geprüft. Kommune hat wenig Einfluss auf zu schnelles Fahren, Nichtnutzung von eigenen Garagen und die allg. Parksituation, hier ist gegenseitige Rücksichtnahme der Bürgerinnen und Bürger erforderlich. Der fließende Verkehr wird von der Polizei überwacht, die personell in Bornheim nicht stark vertreten ist. Beim ruhenden Verkehr ist ähnlich, dieser wird vom Ordnungsamt bewacht, aber auch hier ist die personelle Besetzung zu gering. Es wird an vielen Stellen nicht mehr Parkraum geschaffen werden können, weil die baulichen Begebenheiten so sind. Es gilt die Zahl der PKW's

Ein Roisdorfer Neubürger berichtet, er sei mit seiner Familie aus Bonn nach Roisdorf gezogen und es sei ihm erzählt worden, dass der Weg zum Fußballplatz Roisdorf gefährlich sei, es wird zu schnell gefahren, teilweise sei kein Bürgersteig vorhanden. Ist das so?

Bürgersteig Brunnenstraße in Höhe ehemaliger Bäckerei Rott wird Auto auf Bürgersteig geparkt

Gibt es neue Ausbaupläne für die Brunnenstraße?

Wo kann ein Unternehmer in Bornheim mehr Geld verdienen? Wie kann Bornheim für Unternehmen attraktiver gemacht werden? Plan war die Sanierung einer alten Scheune für Tagungsflächen, aber es fehlten für die Umsetzung Parkplätze. Was muss ein Unternehmer tun, um noch andere Unternehmen anzulocken, damit mehr Gewerbesteuer erzielt werden kann? Vorschläge werden nicht umgesetzt.

Was kann eine Kommune tun, um erfolgreich zu integrieren?

zu verringern, zurzeit haben wir ca. 600 PKW / 1.000 Einwohner

Antwort: Dies kann nicht bestätigt werden.

Antwort: Vermutlich private Fläche, Vorkaufsrecht der Stadt lag nicht vor.

Antwort: Es handelt sich um eine Kreisstraße, es ist beabsichtigt die Straße zu sanieren. Auf welche Art und Weise und wann die Sanierung erfolgen soll ist noch in der Abstimmung. Der Kreis ist zuständig für die Fahrbahn und die Stadt für die Nebenanlagen. Es gab schon Gespräche zum Grunderwerb. Es fehlt hier ein Straßenbebauungsplan, der den Grunderwerb rechtlich sichern würde. Dieses Verfahren braucht seine Zeit. Ziel der Stadt ist auch die Herstellung von vernünftigen Nebenanlagen.

Antwort: Es gab Bauvorschriften, die der Umsetzung des damaligen Planes widersprochen haben. Es kann Kontakt zu Herrn Römer aufgenommen werden, der für die städt. Bestandspflege der Wirtschaft zuständig ist. In Roisdorf soll sich „BINZ“ (Bornheimer Innovationszentrum) ansiedeln. Kontakt zur WFG herstellen (Herr Corrales).

Antwort: Es herrscht Arbeitskräftemangel und demographischer Wandel, daher ist es notwendig die geflüchteten Menschen mit einzubinden. Das Ausländeramt ist leider zu überlastet, diese Menschen müssen schneller in Arbeit gebracht werden. Die Verwaltung hat beim Kreis um eine schnellere Bearbeitung gebeten.



Wie viele Flüchtlinge sollen in der Brunnenallee untergebracht werden und wie sieht das Programm für diese aus?

Konkret kann man sich in der Bornheimer Flüchtlingshilfe organisieren. Es gibt die Initiative „Gemeinwohlökologie“, dort wurde mit der Alanus Hochschule ein Pilotprojekt initiiert. 4 Bornheimer Unternehmen haben sich zur Gemeinwohlökonomie zertifizieren lassen. Bsp. Check deine Heimat

Antwort: Ca. 40 Personen, als obere Zahl. Das Sozialamt ist völlig überlastet mit der Unterbringung von Flüchtlingen. Viele Ehrenamtler helfen mit. In Brenig hat sich z.B. eine neue Initiative die „Neue Nachbarn“ gegründet. Seitens der Stadt ist nur das Unterbringen möglich. In städt. Kitas arbeiten ukrainische Erzieherinnen. Bilaterale Beziehungen ist die beste Integration.